

# Amtsblatt

für die Stadt Brandenburg an der Havel



**BRANDENBURG**  
AN DER HAVEL

26. Jahrgang

Brandenburg an der Havel, 31.05.2016

Nr. 12

## Inhalt

## Seite

### **Amtlicher Teil**

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel	1
Bekanntmachung des Beschlusses des Bebauungsplanes Nr. 29 „Koenigsmarckstraße“ Wendseeufer/Koenigsmarckstraße, Ortsteil Plaue, Brandenburg an der Havel	4
E i n l a d u n g zur Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag, dem 07.06.2016	6

### **Nichtamtlicher Teil**

Impressum	7
-----------	---

## **Amtlicher Teil**

### **Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel im Jahre 2016 vom **30.03.2016** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

#### **- öffentliche Sitzung**

#### **Bebauungsplan Nr. 29 "Koenigsmarckstraße" Wendseeufer/Koenigsmarckstraße, Ortsteil Plaue, Brandenburg an der Havel**

##### **- Beschluss über Anregungen**

##### **- Satzungsbeschluss**

#### **Beschluss Nr.: 053/2016**

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander folgte die Stadtverordnetenversammlung den wiedergegebenen Abwägungsvorschlägen zu den während der öffentlichen Auslegung und den Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.
2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), das zuletzt durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I, S. 1722) geändert worden ist, beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan Nr. 29 „Koenigsmarckstraße“, Wendseeufer/Koenigsmarckstraße, Ortsteil Plaue, Brandenburg an der Havel, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung.  
Das Bebauungsplangebiet wird im Osten durch die Koenigsmarckstraße und im Süden durch die Straße Wendseeufer begrenzt, im Norden und Westen grenzt es an Wohngrundstücke sowie an Waldflächen (siehe auch Kartenausschnitt).
3. Die Begründung des Bebauungsplanes wurde gebilligt.

4. Die Verwaltung wurde beauftragt, im Ergebnis des Satzungsbeschlusses den Beschluss des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Hinweis: Die ortsübliche Bekanntmachung mit Kartenausschnitt folgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung.

### Umsetzung des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (KInvFG - Kommunalinvestitionsförderungsgesetz)

#### Beschluss Nr.: 001/2016

Die Stadtverordnetenversammlung fasste folgenden Beschluss:

„Ergänzend zum Beschluss 001/2016 vom 27.01.2016 werden folgende Investitionen bzw. Investitionsfördermaßnahmen aus Mitteln des KInvFG finanziert:

- A) Investitionszuschuss an den Eigenbetrieb GLM über 2.840.000 EUR und Anschaffung von Ausstattung/Einrichtung über 150.000 EUR (inkl. Verpflichtungsermächtigung über insgesamt 2.740.000 EUR) zur Errichtung einer Kombi-Kita mit 130 Plätzen (60 •Krippe / 70 Kindergarten / ohne Hort) in der Hausmannstraße (südlich angrenzend an die Kita Wellenreiter); Bauvolumen 2.840.000 EUR zzgl. Ausstattung und Einrichtung

(EUR)	2016	2017	2018	gesamt
Zuschuss Bund aus KInvFG	225.000	1.800.000	531.000	2.556.000
Zuschuss an GLM	-250.000	-2.000.000	-590.000	-2.840.000
Ausstattung/Einrichtung			-150.000	-150.000
Verpflichtungsermächtigung		-2.000.000	-740.000	-2.740.000

- B) Investitionszuschuss an die WOBRA über 3.617.900 EUR und Anschaffung von Ausstattung/Einrichtung über 230.000 EUR (inkl. Verpflichtungsermächtigung über insgesamt 3.247.900 EUR) zur Errichtung einer Kombi-Kita mit 200 Plätzen (35 Krippe / 35 Kindergarten / 130 Hort) in der Bauhofstraße; geschätztes Bauvolumen ca. 4.350.000 EUR zzgl. Ausstattung und Einrichtung

(EUR)	2016	2017	2018	gesamt
Zuschuss Bund aus KInvFG		990.000	360.000	1.350.000
Zuschuss Land aus §16 FAG		917.900		917.900
Zuschuss an WOBRA	-600.000	-2.527.900	-490.000	-3.617.900
Ausstattung/Einrichtung			-230.000	-230.000
Verpflichtungsermächtigung		-2.527.900	-720.000	-3.247.900

informativ: Eigenanteil der WOBRA bei einer Bausumme von 4.350 TEUR		472.100	260.000	732.100
---	--	---------	---------	---------

Von dem Grundstück in der Bauhofstraße wird für die erforderliche Teilfläche von ca. 4.000 qm ein Erbbaurecht zu Gunsten der WOBRA bestellt. Ein Erbbauzins wird nicht berechnet.

C und D) unverändert gemäß Beschluss vom 27.01.2016:

- (1) Investitionszuschuss an VBBR über 750.000 EUR
- (2) Investitionszuschuss Städtisches Klinikum 1.828.800 EUR
- (3) Investitionszuschuss an GLM Sanierung Kita Mittendrin 1.690.000 EUR zzgl. 440.000 EUR aus GLM-Instandhaltungsmitteln

dazu Verpflichtungsermächtigungen über 2.918.800 EUR

(EUR)	2016	2017	2018	gesamt
Zuschuss Bund aus KInvFG	1.215.000	2.320.900	306.000	3.841.900
C) Zuschuss an VBBR	-100.000	-650.000		-750.000
C) Zuschuss an Klinikum	-500.000	-1.328.800		-1.828.800
D) Zuschuss an GLM für Kita	-750.000	-600.000	-340.000	-1.690.000
Verpflichtungsermächtigung		-2.578.800	-340.000	2.918.800

zusätzlich für Kita Mittendrin:	aus 2015			
Mittel aus Wirt-Plan GLM	-180.000		-260.000	-440.000

- E) Investitionszuschuss an GLM - über 1.800.000 EUR (dav. 290.000 EUR zur energetischen Gebäudesanierung): Schule und Sporthalle in der Kleinen Gartenstraße (inkl. Verpflichtungsermächtigung über insgesamt 1.000.000 EUR)

(EUR)	2016	2017	2018	gesamt
Zuschuss Bund aus KInvFG	180.000	81.000		261.000
Zuschuss an GLM	-800.000	-600.000	-400.000	-1.800.000
Verpflichtungsermächtigung		-600.000	-400.000	-1.000.000

- F) zusätzlicher Investitionszuschuss an die VBBR über 280.000 EUR: zum barrierefreien Umbau von weiteren Straßenbahnhaltestellen (inkl. Verpflichtungsermächtigung über insgesamt 200.000 EUR)  
Ein konkreter Vorschlag der Verwaltung und der VBBR, welche Haltestellen umgebaut werden sollen, wird in der Folge der SW zur Bestätigung vorgelegt.

(EUR)	2016	2017	2018	gesamt
Zuschuss Bund aus KInvFG	72.000	180.000		252.000
Zuschuss an VBBR	-80.000	-200.000		-280.000
Verpflichtungsermächtigung		-200.000		

informativ:  
Eigenanteil der VBBR

Zur konkreten Verwendung der Investitionsmittel über 280.000 EUR werden durch die SVV folgende Projekte beschlossen:

1. Umbau Haltestellenbereich Hauptstraße/Katharinenkirche (in Richtung Hbf.)
2. Umbau der Haltestelle in der Steinstraße (vor VBBR Fahrgastinfo/Sicherheitszentrum)
3. Umbau Haltestelle Luckenberger Straße (vor Einmündung Neuendorfer Straße)

#### **Beteiligung der Stadt Brandenburg an der Havel an der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen im Land Brandenburg (AGFK BB)**

##### **Beschluss Nr.: 022/2016**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss die Beteiligung der Stadt Brandenburg an der Havel an der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen im Land Brandenburg und ermächtigt die Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel, den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen im Land Brandenburg (AGFK BB) abzuschließen.

#### **Straßenbenennung im "Wohngebiet Brahmstraße/Sophienstraße"**

##### **Beschluss Nr.: 052/2016**

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die in der Anlage zur Vorlage gekennzeichnete Straße mit dem Namen "Carolinerring" zu benennen.

Hinweis: Der Beschluss und die Planzeichnungen wurden im Amtsblatt Nr. 10 vom 10.05.2016 bekannt gemacht.

#### **Abberufung/Berufung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben**

##### **Beschluss Nr.: 068/2016**

Als sachkundige/-r Einwohner/-in im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben wurde Frau Jasmin Sorge abberufen und Herr Alexander Böttiger berufen.

#### **- nichtöffentliche Sitzung**

#### **Entscheidung über die "Beschwerde gemäß §§ 61 Abs. 2 BbgKVerf i. V. m. 102 Abs. 1 und 2 LBG"**

##### **Beschluss Nr. 122/2016**

Nach Auswertung der vorliegenden Unterlagen stellte die Stadtverordnetenversammlung fest, dass kein hinreichender Verdacht festgestellt werden kann.

**Vergabe eines Erbbaurechtes**  
**Beschluss Nr.: 066/2016**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss, an dem Grundstück

**Flur 60, Flurstück 84 tlw.**  
**Nicolaiplatz 19**  
**Größe: 3.644 m<sup>2</sup>**

ein Erbbaurecht für eine Teilfläche von ca. 831 m<sup>2</sup> mit einer Laufzeit von 25 Jahren zu bestellen.

-----

**Bekanntmachung des Beschlusses des Bebauungsplanes Nr. 29 „Koenigsmarckstraße“  
Wendseeufer/Koenigsmarckstraße, Ortsteil Plaue, Brandenburg an der Havel**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel hat mit Beschluss vom 30.03.2016 (Beschluss Nr. 053/2016) den Bebauungsplan Nr. 29 „Koenigsmarckstraße“ Wendseeufer/Koenigsmarckstraße, Ortsteil Plaue, Brandenburg an der Havel, welcher im Osten an die Koenigsmarckstraße, im Süden an die Straße Wendseeufer, sowie im Norden und Westen an Wohn- bzw. Waldgrundstücke grenzt, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung beschlossen.

Der Beschluss des Bebauungsplanes wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I, S. 1722) bekanntgemacht.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan und die dazugehörige Begründung in der Stadtverwaltung Brandenburg, Fachbereich VI – Stadtplanung, Fachgruppe Bauleitplanung, in der Klosterstraße 14, 14770 Brandenburg an der Havel, 1. Etage, Zimmer A 109, während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird auf § 215 Abs. 1 BauGB verwiesen. § 215 Abs. 1 BauGB hat folgenden Inhalt:

„Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,

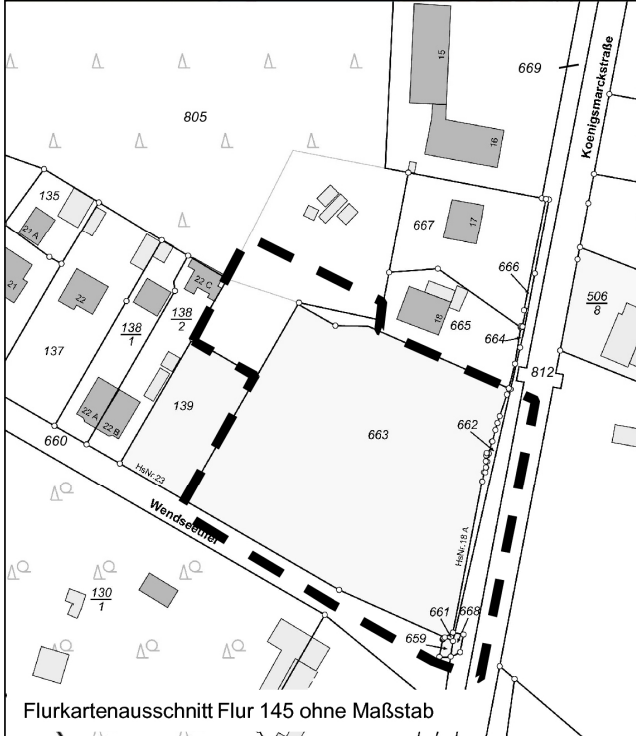
wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.“

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

gez. Dr. Dietlind Tiemann  
Oberbürgermeisterin



**Plangebiet**



Flurkartenausschnitt Flur 145 ohne Maßstab



**Bebauungsplan**  
**„Koenigsmarckstraße“**  
 Brandenburg an der Havel  
 Übersichtskarte mit Abgrenzung des  
 Plangebietes  
 Maßstab: ohne

**Einladung**  
zur Sitzung des Hauptausschusses  
**am Dienstag, dem 07.06.2016, um 18:00 Uhr**  
in 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, Beratungsraum 301

**Tagesordnung**

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**
- 3 **Entscheidung gem. § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung am 17.05.2016**
- 4 **Feststellung der Tagesordnung**
- 5 **Vorlagen der Verwaltung**  
  
182/2016  
HA-Vorlage  
Beschluss über die Anpassung des räumlichen Geltungsbereiches, den Entwurf und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 30 "Wohngebiet Grüne Aue" Brandenburg an der Havel  
Einreicher: Oberbürgermeisterin  
Fachbereich VI
- 6 **Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung und von Ortsvorstehern**
- 7 **Anfragen aus dem Hauptausschuss**
- 8 **persönliche Mitteilungen und Erklärungen**
- 9 **Informationen durch die Oberbürgermeisterin**
- 10 **Behandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung**
- 11 **Entscheidung gem. § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung am 17.05.2016**
- 12 **Vorlagen der Verwaltung**
- 13 **Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung und von Ortsvorstehern**
- 14 **Anfragen aus dem Hauptausschuss**
- 15 **persönliche Mitteilungen und Erklärungen**
- 16 **Informationen durch die Oberbürgermeisterin**
- 17 **Schließung der Sitzung**

gez. R. Kretschmar  
Vorsitzender des Hauptausschusses

Brandenburg an der Havel, 30.05.2016

**Ende des amtlichen Teils**

**Beginn des nichtamtlichen Teils  
(Termine, Informationen, Notizen)**

**IMPRESSUM**

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel  
Redaktion: Oberbürgermeisterin  
FG Rechtsamt/Büro Stadtverordnetenversammlung, Frau Bressau  
Tel.: (0 33 81) 58 13 17  
Fax: (0 33 81) 58 13 14  
Internet: [www.stadt-brandenburg.de](http://www.stadt-brandenburg.de)  
e-mail: [amtsblatt@stadt-brandenburg.de](mailto:amtsblatt@stadt-brandenburg.de)

Herstellung: Eigendruck  
Bezugsquelle: Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel  
Oberbürgermeisterin  
FG Rechtsamt/Büro Stadtverordnetenversammlung  
14770 Brandenburg an der Havel  
Klosterstraße 14  
Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an diese Adresse.

Besucheradresse/  
Einzelverkauf: Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel  
Oberbürgermeisterin  
FG Rechtsamt/Büro Stadtverordnetenversammlung  
Haus E, 3. Etage, Zimmer E 307  
Klosterstraße 14  
14770 Brandenburg an der Havel

Einzelpreis: 1,00 €  
Jahresabonnement: 25,50 € einschl. Porto  
Kündigungsfrist: 15. Dezember